



„Einigkeit und Recht und Freiheit“

**Zur Geschichte der deutschen Demokratie
und ihren Spuren in Recklinghausen**



**Ruhrfestspielstadt
RECKLINGHAUSEN**

Impressum

Herausgeber Stadt Recklinghausen, Der Bürgermeister

Verantwortlich für den Inhalt: Marcus Hoppe, Matthias Kordes, Birgit Malik,
Jürgen Pohl

Fotos Stadt Recklinghausen; Dirk Malessa, Recklinghausen;
Thomas Nowaczyk, Medienhaus Bauer Marl;
Veranstaltungsagentur Prinz, Recklinghausen;
Peter R. Seeber, Recklinghausen
Titelfoto: © Aintschie - Fotolia

Gestaltung Unica Design, Recklinghausen

Druck H. Buschhausen GmbH, Herten

© Stadt Recklinghausen 2011

-  1 Ein Wort zuvor
-  2 Freiherr vom Stein und die kommunale Selbstverwaltung
-  3 Die Nationalhymne: Das „Lied der Deutschen“
-  4 Schwarz-Rot-Gold, die Flagge der Freiheits- und Einheitsbewegung
-  5 Das Recht auf freie Wahlen
und die erste deutsche Revolution von 1848
-  6 Heinrich Eduard Pape und das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB)
-  7 Reichspräsident Friedrich Ebert und die Weimarer Republik
-  8 Die deutsche Katastrophe: Der Nationalsozialismus
-  9 Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus
-  10 Das Grundgesetz,
Helene Weber und die Gleichberechtigung der Frau
-  11 Theodor Heuss: Erster Präsident der Bundesrepublik Deutschland
und Gast in Recklinghausen
-  12 Vom Heldenmythos zur Friedenspolitik
-  13 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft
-  14 Der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953:
Ein historischer Tag der Deutschen
-  15 Deutsche Teilung – Deutsche Einheit:
Ein Fragment der Berliner Mauer in Recklinghausen
-  16 Die Städtepartnerschaft Recklinghausen–Schmalkalden:
Ein kommunaler Beitrag zum Gelingen der deutschen Einheit
-  17 Roman Herzog: Präsident des Bundesverfassungsgerichts und
erstes Staatsoberhaupt im vereinten Deutschland
-  18 Deutschland und die Europäische Integration



Ein Wort zuvor

Die Geschichte der deutschen Demokratie seit ihren unsicheren Anfängen im 19. Jahrhundert ist nicht leicht zu erzählen. Rückschläge und Neuanfänge, militärische Katastrophen und politische Zusammenbrüche, gewalttätige, kriegerische, ja zutiefst verbrecherische Geschehnisse, vor allem die Herrschaft rechtloser Regime und menschenverachtender Diktaturen schienen für lange Zeit die unheilvolle Richtung anzugeben. Nicht so seit 1949 und 1989/90, als die Demokratie, der Rechts- und Verfassungsstaat, die Menschenrechte und die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger endlich den Sieg über die verhängnisvollen dunklen Kapitel unserer Geschichte davontrugen – 1949 zunächst nur im Westen unseres Landes, dann aber 1989/90 im vereinigten Deutschland inmitten eines friedlich geeinten Europa.

Auch in Recklinghausen haben diese Vorgänge und Ereignisse, die guten wie die schlechten, Überreste, Spuren, Symbole und Botschaften hinterlassen. Wer mit offenen Augen durch unsere Stadt geht, trifft auf Denkmäler, Kunstwerke, Straßennamen und Örtlichkeiten, die sich entweder ausdrücklich der Erinnerung an Persönlichkeiten und Geschehnisse der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts widmen oder aber auf stille, versteckte, vielleicht auch unerwartet-überraschende Weise von ihnen berichten.

Sammelt, ordnet und erläutert man diese anschaulichen Lehrstücke, Gedenkobjekte, öffentlichen Ereignisse und sichtbaren Zeichen, entsteht fast wie von selbst eine kleine Staatsbürgerkunde in Form eines Lesebuchs, das die wechselvolle, am Ende aber erfolgreiche Geschichte der deutschen Demokratie anhand von Menschen, Orten und Begebenheiten in Recklinghausen anschaulich erklärt. Zugleich wird deutlich, dass die friedlichen und freiheitlichen Zustände der Gegenwart, die wir für so selbstverständlich halten, das Ergebnis dramatischer Entwicklungen sind und lange Zeit unerreichbar schienen. Dieses Bewusstsein wach zu halten, sollte die Aufgabe aller Bewohner unserer Stadt sein, der alteingesessenen genauso wie der zugewanderten und neu eingebürgerten.

Mögen alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Recklinghausen, gleich welcher Nationalität, Religion oder Herkunft, stets in einem friedlichen Europa und in einem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen leben, wie es im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland festgeschrieben ist!

Freiherr vom Stein und die kommunale Selbstverwaltung

Unsere heutige kommunale Selbstverwaltung geht auf einen langen Kampf um die Durchsetzung der bürgerlichen Rechte zurück. Bereits im Mittelalter hieß es: „Stadtluft macht frei“, womit zum Ausdruck kommen sollte, dass das Stadtbürgerrecht die Menschen von den Fesseln der feudalen Leibeigenschaft befreite. In der neueren Zeit verbindet sich die kommunale Selbstverwaltung in erster Linie mit den Reformen des Heinrich Friedrich Karl Freiherrn vom und zum Stein (1757-1831), insbesondere mit der von ihm konzipierten preußischen Städteordnung von 1808, die in aktualisierter Form 1856 auch in Westfalen eingeführt wurde. Nach diesem bedeutenden preußischen Minister und Politiker, der den Städten Freiräume für eigenverantwortliche Gestaltung des kommunalen Lebens schaffen wollte, ist in Recklinghausen ein Gymnasium benannt. Seine Büste ist im Erdgeschoss des Rathauses zu sehen.

Das Grundgesetz greift diese Tradition auf. Ausdrücklich garantiert es die kommunale Selbstverwaltung in den Städten, Gemeinden und Kreisen: Die Kommunen sind nicht die unterste Ebene der staatlichen Hoheit, sondern Organismen, die mit Bürgernähe ihre eigenen Belange weitgehend selbst organisieren dürfen. Alle Städte, Gemeinden und Kreise müssen demokratisch organisiert sein. Das Gemeinderecht ist Sache der Länder; die Kommunalverfassungen sind aus historischen Gründen von Land zu Land unterschiedlich. Die kommunale Verwaltungspraxis ist jedoch in allen Ländern ähnlich. Das Selbstverwaltungsrecht umfasst vor allem den öffentlichen Nahverkehr im kommunalen Bereich, den örtlichen Straßenbau, die Versorgung mit Strom, Wasser und Gas, die Abwasserentsorgung und die städtebauliche Planung. Hinzu kommen der Bau und die Unterhaltung von Schulen, Theatern und Museen, Krankenhäusern, Sportstätten und Bädern.

Die Gemeinden sind auch für die Erwachsenenbildung und die Jugendpflege zuständig. Diese Aufgaben nehmen die Städte und Gemeinden weitgehend eigenständig und eigenverantwortlich wahr. Viele der örtlichen Aufgaben



Schuf das Modell für die moderne kommunale Selbstverwaltung in Deutschland: Freiherr vom Stein.

Foto: Stadt Recklinghausen

übersteigen die Kraft der Gemeinden und kleineren Städte. Diese können vom Kreis, der nächsthöheren Gebietskörperschaft, übernommen werden. Auch der Kreis mit seinen demokratisch gewählten Organen ist Teil der kommunalen Selbstverwaltung. Die größeren Städte gehören keinem Kreis an, sie sind „kreisfrei“.

Die kommunale Selbstverwaltung eröffnet den Bürgerinnen und Bürgern die Chance der Mitwirkung und Kontrolle. Sie können mit ihren gewählten Gemeindevertretern auf Bürgerversammlungen sprechen, den Haushaltsplan einsehen oder über neue Bauvorhaben diskutieren. Die Städte und Gemeinden sind die kleinsten Zellen des politischen Gemeinwesens. Sie müssen sich lebendig weiterentwickeln, damit Freiheit und Demokratie in Staat und Gesellschaft Bestand haben.

Die Nationalhymne: Das „Lied der Deutschen“

Die Anregung, das Deutschlandlied zu schreiben, bekam der deutsche Freiheitsdichter Heinrich Hoffmann von Fallersleben auf einer Schiffsreise von Hamburg nach Helgoland. An Bord des Schiffes spielte die Kapelle für die Franzosen die *Marseillaise*, für die Briten ertönte *God save the King*, für die Deutschen aber blieben die Bläser stumm. Diese Situation empfand der politisch engagierte Passagier als schmerzlich. An seinem Reiseziel angelangt, verfasste er am 26. August 1841 auf der damals noch zu Großbritannien gehörigen Klippeninsel den Text des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“. Sein Hamburger Verleger Campen kaufte ihm am 29. August 1841 das Manuskript für vier Louisdor ab. Mit Hoffmanns Zustimmung unterlegte er dem Text die Melodie von Haydns Kaiserquartett. Sie stammt ursprünglich aus der 1797 entstandenen Komposition von Joseph Haydn, die als Hymne „Gott erhalte Franz, den Kaiser“ für den damaligen Kaiser Franz II. von Habsburg verfasst wurde.

Im Vormärz viel gesungen, begleitete das Lied auch die unruhigen Tage der Märzrevolution von 1848. Es wurde insgesamt 58 mal vertont, aber die Melodie Haydns setzte sich schließlich durch. Im Verständnis der damaligen Zeit gab das Lied die Sehnsucht der Deutschen nach Freiheit und staatlicher Einigkeit wieder. Die Zeile „Deutschland, Deutschland über alles“ steht nicht, wie später vielfach und absichtsvoll missverstanden, für nationale Überheblichkeit gegenüber anderen Ländern, sondern für das Empfinden, dass es das wichtigste sei, bevor politische Freiheit überhaupt errungen werden könne, aus der Kleinstaaterei des Deutschen Bundes (1815–1871) ein einiges Vaterland werden zu lassen. Auch die Passage „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ war keine Aufforderung

zu kriegerischer Eroberung, sondern schlichte Realität: So weit reichten nämlich 1841 die deutschsprachigen Länder, zu denen natürlich auch Österreich zählte.

Am 11. August 1922 erklärte Reichspräsident Friedrich Ebert das Lied zur Nationalhymne der Weimarer Republik. In der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945) war es üblich, nur seine erste Strophe zu singen. Obwohl von 1945 bis zur Gründung der Bundesrepublik verboten, wurde das „Lied der Deutschen“ 1952 zur Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland. In einer Erklärung der Bundesregierung vom 8. Mai 1952 heißt es: „Es ist daher davon auszugehen, dass das Deutschlandlied als Ganzes Bundeshymne ist, jedoch aus staatspolitischen Gründen nur die dritte Strophe gesungen wird“. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

*Das Lied der Deutschen:
Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland!
Danach lasst uns alle streben
Brüderlich mit Herz und Hand!
Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand.
Blüh' im Glanze dieses Glückes,
Blühe, deutsches Vaterland.*

Die „Neue Philharmonie Westfalen“ spielte am 23. Mai 2009 die Nationalhymne bei einer Festversammlung zum 60-jährigen Bestehen des Grundgesetzes in der Maschinenhalle der ehemaligen Zeche „Recklinghausen II“ in Hochlarmark Foto: Medienhaus Bauer, T. Nowaczyk



Schwarz-Rot-Gold, die Flagge der Freiheits- und Einheitsbewegung



Bei Welt- und Europameisterschaften sind zur Unterstützung der deutschen Fußball-Nationalmannschaft viele Plätze „schwarz-rot-gold“ gefärbt – wie auch 2010 beim Public Viewing vor dem Recklinghäuser Rathaus.

Foto: Veranstaltungsagentur Prinz, Recklinghausen

Die Flagge „Schwarz-Rot-Gold“ ist seit 200 Jahren ein Symbol der Freiheits- und Einheitsbewegung der Deutschen: In den sog. Freiheitskriegen (1813-15) gegen die Herrschaft Napoleons trugen die Freiwilligen des Freicorps Lützow diese Farbkombination an ihren Uniformen. Nach dem Wiener Kongress 1815, der die Kleinstaaten der deutschen Fürsten wieder errichtete, übernahmen die Turnerbewegung und viele Studentenverbindungen (sog. Burschenschaften) die Farben als Zeichen gegen diese Kleinstaaterei. Beim Studentenfest auf der Wartburg im Jahre 1817 wurden Freiheitsrechte gefordert und erstmals eine Schwarz-Rot-Goldene Fahne getragen. Aufgegriffen wurden dabei die Farben der Reichsfahne des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Interpretiert wurden sie nun im Sinne

des politischen Ziels: Der Sieg des Lichts der Freiheit (Gold) durch den Kampf (Rot) gegen die Unterdrückung (Schwarz), so dass sie bei der großen demokratischen Volksversammlung auf dem Hambacher Schloss 1832 als Trikolore auch in dieser Reihenfolge gezeigt wurde. In Hambach verband sich die deutsche mit der polnischen und anderen Freiheitsbewegungen und der Idee eines demokratischen Europas.

Der erste Versuch, die Unterdrückung dieser Freiheits- und Einheitsbewegung abzuschütteln, war die deutsche Revolution 1848/49: Die Barrikaden der Freiheitskämpfer in Berlin, der Hauptstadt Preußens, trugen ebenso die Fahne wie der Stephansdom in Wien, der Hauptstadt Österreich-Ungarns. Bei Einberufung der Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt am 18. Mai 1848 waren die Straßen Schwarz-Rot-Gold geschmückt, und am 12. November 1848 beschloss die Nationalversammlung die Übernahme der Fahne. Nach der Niederschlagung der Revolution und der Auflösung des Parlaments 1849 wurde sie in vielen Staaten ausdrücklich verboten. Das Kaiserreich (1871-1918) gab sich die Farben Schwarz-Weiß (Preußen) und Rot (Hansestädte).

Erst nach der Revolution vom 9. November 1918 beschloss die Nationalversammlung in Weimar 1919 mit Mehrheit die Einführung der Fahne für die demokratische Republik (1919-1933). In der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur (1933-45) wurde sie verboten und durch die schwarz-weiß-rote Hakenkreuzfahne ersetzt. Das am 23. Mai 1949 im sog. Parlamentarischen Rat verabschiedete Grundgesetz führte Schwarz-Rot-Gold als Fahne für die demokratische Bundesrepublik Deutschland wieder ein. Auch die DDR übernahm 1949 diese Fahne, ergänzte sie aber 1959 durch das Staatswappen mit Hammer, Zirkel und Ähren. Die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 am Reichstagsgebäude in Berlin wurde in der demokratischen Tradition unter der Fahne der Freiheits- und Einigungsbewegung begangen.

Das Recht auf freie Wahlen und die erste deutsche Revolution von 1848

Die unter Denkmalschutz stehende, 1666 fertiggestellte Klosterkirche der Franziskaner, heute Gymnasialkirche genannt, hat eine bewegte Geschichte. Das Kloster war Tagungsort des Vestischen Landtages, es nahm geistliche Emigranten nach der Französischen Revolution auf, war lange Zeit die städtische Lateinschule, und es war am 1. Mai 1848 eines von vier Wahllokalen, die die Wahlmänner für die späteren Abgeordneten der Nationalversammlung wählen sollten. Nach dem Ausbruch der Februarrevolution 1848 in Paris griff die revolutionäre Stimmung auch auf die deutschen Staaten über. Unter dem Eindruck der Barrikadenkämpfe in Berlin erklärte sich König Friedrich Wilhelm IV. zur Ausschreibung von Wahlen für eine preußische Nationalversammlung bereit, die eine Verfassung entwerfen sollte.



Die Gymnasialkirche des Petrinums wird beim alljährlich im Herbst stattfindenden Fest „Recklinghausen leuchtet“ in buntes Licht getaucht.

Foto: Dirk Malessa, Recklinghausen

Die Frankfurter Nationalversammlung, die vom 18. Mai 1848 bis zum 31. Mai 1849 in der Frankfurter Paulskirche tagte, war das erste frei gewählte Parlament für ganz Deutschland. Ihr Zustandekommen war Bestandteil und Ergebnis der Märzrevolution in den Staaten des Deutschen Bundes. Die Paulskirche ist als „Wiege der Deutschen Demokratie“ das nationale Symbol für Freiheit und Demokratie in Deutschland schlechthin. Die Versammlung erarbeitete in langen und kontrovers geführten Debatten die auf Prinzipien der parlamentarischen Demokratie beruhende so genannte Paulskirchenverfassung.

Diese Verfassung beinhaltete wesentliche Forderungen der seit 1815 zum System der Restauration in Opposition stehenden liberalen und nationalstaatlichen Bewegung aus der Zeit des Vormärz. Sie sah unter anderem einen Katalog von Grundrechten sowie eine konstitutionelle Monarchie mit einem Erbkaisertum an der Spitze vor. Die Nationalversammlung und die von ihr ausgearbeitete Verfassung scheiterten an der Weigerung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV., die ihm angetragene Kaiserwürde anzunehmen. Wesentliche Teile des Verfassungswerkes wurden jedoch im 20. Jahrhundert zum Vorbild für die Weimarer Reichsverfassung von 1919 und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von 1949.

Heinrich Eduard Pape und das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB)

Zum geordneten Zusammenleben von Menschen gleich welcher Nationalität, Religion oder sozialen Zugehörigkeit gehört eine allgemeingültige Rechtsordnung, welche die Verhältnisse zwischen gleichgestellten Personen auf gerechte und ausgewogene Weise regelt. Einem solchen Recht freier, selbstständiger und gleichberechtigter Bürgerinnen und Bürger, die ihre privaten, familiären und geschäftlichen Beziehungen einvernehmlich und selbstverantwortlich gestalten, entspringt die Idee des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

Das Werk als solches ist viel älter als die Bundesrepublik. Die Vorstellung, dass die deutsche Nation die kompakte Zusammenfassung eines gemeinsamen und einheitlichen Rechts benötige, entstammt dem frühen 19. Jahrhundert. Es handelt sich um diejenige Epoche, in welcher auch Heinrich Hoffmann von Fallersleben das „Lied der Deutschen“ dichtete und in der die Deutschen noch gar nicht in einem gemeinsamen Staat zusammenlebten. Das damalige Deutschland bestand ja aus einem Staatenbund vieler Monarchien, Fürstentümer und Kleinstaaten, zahlreiche unterschiedliche Normen und Gesetze erschwerten die Rechts- und Geschäftsbeziehungen der Menschen untereinander.

Erst nachdem 1871 ein erster deutscher Nationalstaat gegründet wurde, machten sich namhafte Rechtswissenschaftler aus ganz Deutschland ans Werk: Mehrere Kommissionen tagten Jahrzehnte lang, bis nach drei Entwürfen endlich das Ziel einer abschließenden, erschöpfenden Aufzeichnung des Bürgerlichen Rechts erreicht war: Am 1. Januar 1900 trat das lange erwartete Rechtsbuch in Kraft, das in 2385 Paragraphen alles erfassen sollte, was Menschen an verbindlichen Regeln für einen Ausgleich ihrer widerstreitenden Interessen, für die Geltendmachung ihrer berechtigten Ansprüche, für ein geordnetes Miteinander im Rechts- und Geschäftsalltag benötigen: Die wichtigsten Materien des BGB regulieren das Recht von Personen und Vereinen, das Wesen und die Arten der Rechtsgeschäfte,

die Schuld- und Vertragsverhältnisse, die Freiheit des Eigentums und das Recht des Besitzes, das Erbrecht, auch Fragen der Ehe und Familie gehören dazu. Leitgedanke war und ist die sog. Privatautonomie, d.h. die Vorstellung, dass mündige Bürger und freie Menschen ihr Leben ohne äußere Bevormundung selbst in die Hand nehmen und ihre rechtlichen Beziehungen zueinander auf tragfähige, einvernehmliche Weise gestalten.

Zu den prominenten Juristen, die am Ende des 19. Jahrhunderts in den vorbereitenden Kommissionen an der Entstehung des BGB arbeiteten, gehörte Eduard Heinrich Pape (1816-1888). Er entstammte einer alten westfälischen Juristenfamilie und legte 1834 am Gymnasium Petrinum in Recklinghausen seine Abiturprüfung ab, um anschließend ein Jura-Studium in Bonn bzw. Berlin und eine außerordentliche Karriere als Rechtswissenschaftler und Richter zu beginnen. Als er in die Kommission für die Ausarbeitung des BGB berufen wurde, war er Präsident des Reichsoberhandelsgerichts, des höchsten deutschen Gerichts für Streitfälle des Wirtschafts- und Unternehmensrechts. Nach 1900 galt Pape als einer der „Väter“ des BGB, das aufgrund seiner überzeugenden Konzeption und wegen seiner hohen juristischen Qualität Vorbild für ähnliche Gesetzbücher in Österreich, Ungarn, Brasilien, Peru und Japan wurde.

Die Stadt Recklinghausen benannte schon 1929 eine Straße nach Eduard Pape; das Amtsgericht Recklinghausen, das seit 1877 diesen Namen trägt, ist die erste Instanz, die sich – auf Grundlage des BGB – der Rechtsstreitigkeiten zwischen den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt annimmt. Das BGB, das sämtliche politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts überstanden hat, gehört – wie auch das Grundgesetz – zu den Grundlagen des Zusammenlebens der Menschen in Deutschland.



Im Amtsgericht Recklinghausen (eingerrichtet 1877) wird seit 1900 auf Grundlage des Bürgerlichen Gesetzbuches Recht gesprochen.

Foto: Stadt Recklinghausen

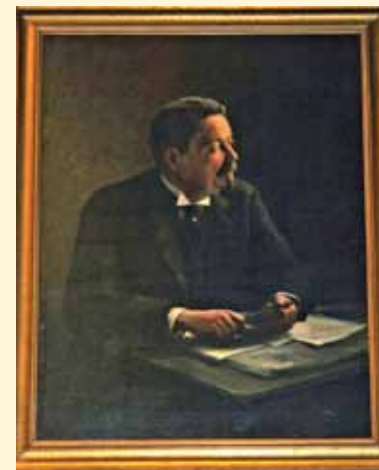
Reichspräsident Friedrich Ebert und die Weimarer Republik

Friedrich Ebert (1871-1925) war das erste demokratisch legitimierte Staatsoberhaupt in der deutschen Geschichte. Er stand an der Spitze der ersten deutschen Republik, der sog. Weimarer Republik, die am Ende des Ersten Weltkrieges aus dem Zusammenbruch des militaristischen Kaiserreiches hervorgegangen war und sich von Anfang an gegen massive Angriffe von rechts- wie linksradikalen Gegnern zu wehren hatte. Die thüringische Stadt Weimar, in der um 1800 die beiden berühmtesten deutschen Dichter, Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller, wirkten, war nicht etwa die Hauptstadt der Republik, sondern der Ort, an dem sich eine Nationalversammlung eine neue, durch und durch demokratische Verfassung geben wollte: Erstmals waren die Grund- und Menschenrechte Teil einer gesamtdeutschen Verfassung, Frauen hatten die gleichen politischen Rechte wie Männer, der Reichstag, das in freien, gleichen und geheimen Wahlen einberufene Parlament der Republik, hatte erstmals auch weibliche Abgeordnete und konnte gegenüber den Regierenden umfangreiche Rechte geltend machen. Der Reichspräsident wiederum, das mit starken politischen Kompetenzen ausgestattete höchste Organ des Staates, wurde vom Volk direkt gewählt.

Am Ende des Ersten Weltkrieges, im Verlaufe dessen Friedrich Ebert zwei Söhne verlor, wurde er zunächst zum Reichskanzler ernannt. Das alte Regime hatte abgedankt und neue Kräfte mussten das ungewisse, von inneren und äußeren Feinden bedrohte Schicksal Deutschlands in die Hand nehmen. Ebert, der an der Spitze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der ältesten demokratischen Partei in Deutschland überhaupt stand und bereits Abgeordneter des alten Reichstages gewesen war, sorgte mit erheblichem, auch vor repressiven Mitteln nicht zurückschreckendem Einsatz für Stabilität im Innern. Ebenso veranlasste er die Einberufung einer demokratisch legitimierten Nationalversammlung, die einen ganz neuen Staat errichten sollte: Aus dem militärisch besiegten und politisch zusammengebrochenen Kaiserreich wurde so die erste deutsche Republik. Sie wies zunächst alle verfas-

sungsrechtlichen Voraussetzungen auf, Deutschland in eine friedliche und demokratische Zukunft zu führen, wenn es zwischen 1919 und 1933 nur genug Demokraten gegeben hätte, die diesen Staat unterstützt hätten.

Friedrich Ebert, der aus bodenständigen Handwerkerverhältnissen stammte und sich in Bremen bereits seit 1889 in der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung engagiert hatte, war Reichspräsident von 1919 bis 1925. Ebert trug dazu bei, dass der neue Staat nicht schon in den dramatischen ersten Jahren seines Bestehens an seinen inneren Widersprüchen und Konflikten zugrunde ging. Er war ein herausragender deutscher Patriot, der bis zu seinem plötzlichen Tod im Jahre 1925 sein Leben voll und ganz in den Dienst eines demokratischen Deutschland gestellt hat; sein frühes Ableben war ein unersetzlicher Verlust für die noch junge deutsche Republik, die schon wenige Jahre später ihrem gewaltsamen Untergang entgegensah: Sein reaktionärer und demokratiefeindlicher Amtsnachfolger, der altersschwache, vormalig kaiserliche Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, verhalf im Januar 1933 Adolf Hitler zur Macht, womit die schlimmste Epoche in der deutschen Geschichte begann. Mit Friedrich Ebert hingegen setzt die Reihe überzeugter Demokraten an der Spitze des deutschen Staates ein, er gehört zu den großen Deutschen des 20. Jahrhunderts. Sein Portrait zielt aus gutem Grund den Großen Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Recklinghausen.



Friedrich Ebert, der erste Sozialdemokrat an der Spitze Deutschlands: zeitgenössisches Portrait im Großen Sitzungssaal des Rathauses

Foto: Stadt Recklinghausen

Die deutsche Katastrophe: Der Nationalsozialismus

In der Endphase der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, gelang es den demokratischen Parteien nicht, diesen Staat zu stabilisieren. Zu viele Kräfte wollten ihren Untergang und statt ihrer ein autoritäres Regime. Anfang der 30er Jahre nahm die Möglichkeit einer solchen autoritären Lösung zu und war vor allem durch den Umstand begünstigt, dass die Strukturen des demokratischen Staates durch die vorangegangenen Präsidialkabinette, die nur aufgrund der Unterstützung des Reichspräsidenten und mit Hilfe von Notverordnungen regieren konnten, bereits kräftig unterhöhlt waren. Als am Abend des 30. Januar 1933 Nationalsozialisten den lang ersehnten „Tag der Machtübernahme“, der Übertragung der Kanzlerschaft durch Reichspräsident Hindenburg an Adolf Hitler, mit Fackelzügen durch das Brandenburger Tor feierten und die seit 14 Jahren bestehende Weimarer Demokratie begruben, war vielen, auch politisch engagierten Deutschen nicht klar, was auf Deutschland zukam. Hitler und die NSDAP waren sowohl von ihren konservativen Steigbügelhaltern als auch von ihren Gegnern aus dem republikanischen Lager unterschätzt worden. Die konservative Strategie der „Einrahmung“ oder „Zähmung“ der Nationalsozialisten scheiterte an deren brutalem Willen zur Macht.

Adolf Hitler beabsichtigte, eine von jeder Kontrolle durch den Reichstag befreite Regierung zu etablieren, die das von vielen Deutschen empfundene „demokratische Chaos“ der Weimarer Jahre überwinden sollte. Dieses Ziel verwirklichten die Nationalsozialisten innerhalb kürzester Zeit: Unter Wahrung des Anscheins verfassungsmäßiger Legitimität schalteten sie politische Gegner mit Gewalt aus und bemächtigten sich der staatlichen Machtinstrumente. Als diese „nationale Erhebung“ im Sommer 1934 ihren Abschluss fand, waren Demokratie und Pluralismus in Deutschland zerstört. Die Verfolgung und Ermordung von Demokraten, die Ausgrenzung der Juden bis hin zum Holocaust, Krieg und Völkermord waren die Folge.

Der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg hinterließen ein völlig zerstörtes Deutschland und ein zertrümmertes Europa. Deutschland fand nach dem Krieg einen neuen demokratischen Weg, aber bis heute wird an den Folgen der nationalsozialistischen Diktatur gearbeitet. Am Herzogswall vor dem Finanzamt steht seit 1991 eine Skulptur des Künstlers Timm Ulrichs. Sie symbolisiert in ihrer Gesamtheit das christlich-jüdische Verhältnis nach Auschwitz. An diesem Ort versammeln sich jedes Jahr am 9. November Recklinghäuser Bürgerinnen und Bürger, um der Menschen zu gedenken, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden. Auch am Mahnmal am Lothor versammeln sich alljährlich Menschen am Volkstrauertag in mahnender Erinnerung an alle Opfer von Krieg und Gewalt.



Am Mahnmal am Herzogswall vor dem Finanzamt gedenken die Menschen jährlich der Opfer des Nationalsozialismus.

Foto: Stadt Recklinghausen

Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Geschwister-Scholl-Straße, Stauffenbergstraße, Bonhoefferstraße, August-Kaiser-Straße, Walter-Wenthe-Straße sind Straßennamen in Recklinghausen-Hochlarmark, die an den nationalen und regionalen Widerstand gegen den Nationalsozialismus erinnern. Für die Nachkriegsentwicklung hat die Erinnerung an Männer und Frauen, die sich trotz Verfolgung, Erniedrigung und Mord nicht scheuten, für die Ziele der Freiheit, der Demokratie und der Menschlichkeit einzutreten eine große Bedeutung.

Geschwister-Scholl-Straße

Hans und Sophie Scholl 1918 u. 1921-1943
Widerstandsgruppe Weiße Rose, in München hingerichtet

Der Widerstand gegen das NS-Regime war breit gefächert. Er reichte von passiver Resistenz und oppositionellem Verhalten bis zu Emigration und dem „generalstabsmäßig“ geplanten Attentats- und Umsturzversuch vom 20. Juli 1944. Getragen wurde der Widerstand von Männern und Frauen aus allen sozialen Schichten und politischen Lagern. Oppositionskreise in der Wehrmacht zählten ebenso dazu wie die Mitglieder der „Weißen Rose“, des „Kreisauer Kreises“ oder der „Roten Kapelle“. Daneben gab es viele, die Verfolgten Unterschlupf gewährten oder sie mit Lebensmitteln versorgten.

Aktiven Widerstand leisteten in den Anfangsjahren des NS-Regimes vor allem Kommunisten, die nach dem 30. Januar 1933 besonders unter Verfolgung und Terror zu leiden hatten. Kommunistische aber auch sozialdemokratisch orientierte Widerstandsgruppen verbreiteten Flugschriften und Klebezettel gegen den Nationalsozialismus und unterstützten rassistisch und politisch Verfolgte. Widerstand gab es auch in den Kirchen. So verurteilte der Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, in mehreren Predigten die

nationalsozialistische Terrorherrschaft und geißelte die als „Euthanasie“ bekannt gewordenen Massentötungen als vorsätzlichen Mord. In der evangelischen Kirche war der Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller einer der konsequentesten NS-Gegner. Er gründete im September 1933 den Pfarrer-Notbund, der Anfang 1934 rund 7.000 Mitglieder zählte und gegen die Einführung des „Arierparagraphen“ in Kirchenämter und die Entlassung von Geistlichen „jüdischer Herkunft“ protestierte. Aus dem Notbund ging wenig später die „Bekennende Kirche“ hervor.

Stauffenbergstraße

Claus Graf Schenk von Stauffenberg 1907 1944
Hitler-Attentäter des 20. Juli 1944, hingerichtet

August-Kaiser-Straße

August Kaiser 1911-1945
Bergmann, Opfer des Nationalsozialismus

Straßenschilder erinnern an mutige deutsche Widerstandskämpfer gegen die verbrecherische Herrschaft der Nationalsozialisten.

Fotos: Stadt Recklinghausen

Ein Zentrum des bürgerlich zivilen Widerstands war der „Kreisauer Kreis“, benannt nach dem niederschlesischen Gut Kreisau von Helmuth James Graf von Moltke, wo ab 1940 auf regelmäßigen Treffen Konzepte für eine grundlegende staatliche, wirtschaftliche und soziale Neuordnung Deutschlands nach dem Sturz der NS-Diktatur erörtert wurden. Ab 1943 wuchs auch bei den Mitgliedern des „Kreisauer Kreises“ die Überzeugung von der Notwendigkeit eines Staatsstreichs. Nach der Verhaftung Moltkes im Januar 1944 schlossen sich einige Mitglieder der Gruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Goerdeler an und wirkten an den Vorbereitungen zum Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 mit. Nach dem misslungenen Umsturzversuch nahm die Gestapo in den folgenden Wochen Tausende von Regimegegnern fest, rund 5.000 von ihnen wurden bis Kriegsende hingerichtet oder starben an den unmenschlichen Haftbedingungen.

Das Grundgesetz, Helene Weber und die Gleichberechtigung der Frau

Helene Weber, eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“.

Fotos: Stadt Recklinghausen



Geist und Idee des Grundgesetzes bestanden aus dem Willen zur Zukunftsbewältigung durch Überwindung einer verbrecherischen und katastrophalen Vergangenheit. Das Verfassungsdokument samt seinem Gottesbezug beschwört im Angesicht millionenfacher Mordtaten der Nationalsozialisten und nach völliger Pervertierung der deutschen Rechtsordnung die Freiheit und Unverletzlichkeit einer jeden Person und den Gedanken, dass es Rechte gibt, die vom Staat weder verliehen noch aberkannt werden, sondern allen Menschen angeboren sind.

Das Grundgesetz in seinem Originalwortlaut vom Mai 1949 schien ein widersprüchliches Dokument zu sein: Zum einen legten seine Verfasser großen Wert auf seine Vorläufigkeit, was in der Geschichte der demokratischen Verfassungen geradezu einzigartig war, zum anderen kodifiziert das Grundgesetz im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen Rechte und ethische Normen, die auf Dauer Bestand haben und zeitlose Gültigkeit beanspruchen: Nie zuvor ist ein deutscher Staat derart eng an die unwandelbaren Grundsätze der Menschenwürde,

der Menschenrechte, der Friedfertigkeit, des Völkerrechts, an den Europagedanken, an die Sozialstaatlichkeit und Demokratie, an die Gewaltenteilung und den Rechtsstaat gebunden worden wie mit der Verfassungsurkunde vom 23. Mai 1949.

Erstmals in der deutschen Verfassungsgeschichte sind im Jahre 1949 diese Werte in unmittelbar geltendes, von jedermann einklagbares Recht umgesetzt worden. Durch die Betonung und Hervorhebung der Menschen- und Bürgerrechte sorgte das Grundgesetz für einen Fundamentalkonsens über die elementarsten Fragen unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung. Zu diesen unverbrüchlichen Rechten gehört auch Artikel 3 des Grundgesetzes, der in wenigen Worten die Gleichheit vor dem Gesetz beschreibt, die Gleichberechtigung von Mann und Frau definiert und jegliche staatliche Willkür verbietet.

Maßgeblich beteiligt an diesen schlichten, aber umso eindringlicheren Formulierungen war Dr. h.c. Helene Weber (1881-1962), eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“. Tief geprägt vom christlich-sozialen Menschenbild war Helene Weber eine der wenigen weiblichen Abgeordneten in der Weimarer Nationalversammlung von 1919, im Preußischen Landtag sowie im Reichstag der 1920er Jahre. Sie galt als erfahrene Anwältin für die Gleichberechtigung der Geschlechter und eine der engagiertesten Frauen in der Gesellschafts- und Familienpolitik der frühen Bundesrepublik.

Helene Weber fand nach einem eindrucksvollen politischen Leben, das der Wahrung und Mehrung der parlamentarischen Demokratie, der Stärkung der Rechte der Frauen und der Grundrechte in Deutschland gewidmet war, ihre letzte Ruhestätte auf dem Nordfriedhof in Recklinghausen.

Artikel 3

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Theodor Heuss: Erster Präsident der Bundesrepublik Deutschland und Gast in Recklinghausen

Theodor Heuss, der erste in der Reihe der Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, wurde am 31. Januar 1884 in Brackenheim/Württemberg geboren. Er studierte von 1902 bis 1905 Nationalökonomie in München und Berlin und entschied sich für den journalistischen Beruf. Nach dem Ersten Weltkrieg schrieb er für diverse angesehenen Zeitungen und Zeitschriften und offenbarte sich dabei als aufrichtiger Demokrat und unbedingter Anhänger der Weimarer Republik, deren Gegner auf dem rechten und linken politischen Spektrum am Ende der 1920er Jahre immer zahlreicher und mächtiger wurden und schließlich für ihren Untergang sorgten.

Neben seiner Dozententätigkeit an der Hochschule für Politik in Berlin erwies sich Heuss als klassisch gebildeter, vor allem für kultur- und geistesgeschichtliche Themen aufgeschlossener Intellektueller; von 1924 bis 1933 war er Reichstagsabgeordneter für die Deutsche Demokratische Partei. Sein nazikritisches Buch „Hitlers Weg“ wurde 1933 von den nationalsozialistischen Gewaltherrschern verboten und verbrannt, Heuss selbst musste sich in das Leben eines Privatgelehrten zurückziehen.

Nach 1945 begann er eine neue politische und wissenschaftliche Karriere, die ihn zunächst zum Professor für Politische Wissenschaften in Stuttgart, zum Fraktions- bzw. Parteivorsitzenden einer neuen liberalen Partei, der Freien Demokratischen Partei, im Deutschen Bundestag in Bonn und schließlich für zehn Jahre zum ersten Staatsoberhaupt des neuen, demokratischen Gemeinwesens namens Bundesrepublik Deutschland machte. Zusammen mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und den Politikern Ludwig Erhard, Kurt Schumacher und Carlo Schmid war er eine der Leitfiguren für den Beginn eines neuen, demokratischen und friedlichen Zeitalters in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Heuss' Vorliebe für die Kultur, die Geschichte und die schönen Künste machte ihn bald zum häufigen Gast



Portrait von Theodor Heuss im großen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Recklinghausen.

Foto: Stadt Recklinghausen

in Recklinghausen: Beginnend mit dem Jahr 1951 besuchte bzw. eröffnete er regelmäßig die Ruhrfestspiele. Zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) förderte er ein ganz neuartiges, modernes, dem sozialen Fortschritt und der europäischen Völkerverständigung verpflichtetes Theaterfestival, das die Schauspielkunst vor allem den arbeitenden Menschen im Ruhrgebiet nahe bringen wollte.

1959, zum Ende seiner zweiten Amtszeit als Bundespräsident, erhielt Theodor Heuss die Ehrenbürgerwürde der Stadt Recklinghausen. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt können sich noch heute an Auftritte und Besuche des beliebten und populären ersten Bundespräsidenten in Recklinghausen erinnern. Heuss starb am 12. Dezember 1963, er gehört zu den deutschen Demokraten, die ihren Beitrag dazu leisteten, das Ansehen Deutschlands nach 1945 wiederherzustellen. Sein Portrait zielt den Großen Sitzungssaal des Rathauses, das Gymnasium in Recklinghausen-Süd trägt seit 1965 seinen Namen.

Vom Heldenmythos zur Friedenspolitik

Die Einheit der deutschen Staaten wurde im 19. Jahrhundert durch die Großmacht Preußen in zwei Kriegen durchgesetzt: 1866 wurde Österreich-Ungarn aus dem Deutschen Bund ausgeschlossen, 1870/71 das Kaiserreich in Versailles nach dem Sieg über Napoleon III. ausgerufen. 1888 wurde am Lohtor in Recklinghausen ein Kriegerdenkmal errichtet, das das Heldentum der Gefallenen pries. 1928 entstand an dieser Stelle eine neue Gedenkstätte für 2279 „Söhne der Stadt“. Sie waren im Ersten Weltkrieg ums Leben gekommen, nachdem die Rivalität der europäischen Großmächte und der ausufernde Nationalismus 1914-1918 im Inferno des ersten modernen Krieges mit Panzern, Flugzeugen und Giftgasangriffen mündete. 1926 beging die Republik erstmals den „Volkstrauertag“ zur Erinnerung an die Millionen Gefallenen. Bei der Einweihung hoffte Bürgermeister Sulpiz Hamm auf eine „Friedensstätte“, denn seit 1926 war das demokratische Deutschland unter Außenminister Gustav Stresemann Mitglied im „Völkerbund“, dem Vorläufer

der UNO, geworden. Gerade elf Jahre später begann mit dem Überfall des nationalsozialistischen Deutschland auf Polen der Zweite Weltkrieg. Bereits 1934, ein Jahr nach der Machtübernahme, hatte der NS-Staat den „Heldengedenktag“ eingeführt. Erneut wurden Tod und Heldentum für „Führer, Volk und Vaterland“ über das Lebensrecht des Einzelnen gestellt und nun der Terrorkrieg in Europa gerechtfertigt.

Die Bundesrepublik Deutschland gedenkt am „Volkstrauertag“ im November der Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft. Kleine Tafeln am Lohtor-Mahnmal nennen die Gefallenen, die Menschen, die vom NS-Regime aufgrund ihrer Rasse oder ihrer politischen Einstellung verfolgt wurden sowie die Opfer von Bombenkrieg und Vertreibung. Teilnehmer der Veranstaltung sind auch britische Soldaten – ehemals Feinde in beiden Weltkriegen, heute Freunde und Verbündete. Die junge deutsche Demokratie stellte sich

ab 1949 unter Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) auf die Seite der westlichen Demokratien USA, Großbritannien und Frankreich und wurde in ihr Verteidigungsbündnis NATO aufgenommen. Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) praktizierte die „Entspannungspolitik“ gegenüber der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Verbündeten und erhielt deshalb den Friedensnobelpreis.



Das Denkmal am Lohtor erinnert an die Opfer der Weltkriege und des Nationalsozialismus.
Foto: Stadt Recklinghausen

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft

Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ beschreibt das wirtschaftspolitische Leitbild der Bundesrepublik Deutschland schon seit ihren Anfängen. Sie gehört zum Kernbestand dieses Staates wie etwa auch das Grundgesetz und der Gedanke der Europäischen Einigung. Als Schlagwort, das seit den 1950er Jahren in den demokratischen Parteien immer populärer wurde, kam es in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in Gebrauch, als die ungewisse politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft des zerstörten Deutschland zur Debatte stand. Der neue Begriff hatte für alle Bevölkerungskreise integrierende Wirkung, weil er nach Meinung seines wichtigsten Wortführers Ludwig Erhard gleichermaßen auf unternehmerischen Erfolg, auf soziale Sicherheit und auf „Wohlstand für alle“ abzielte, – so nämlich der ehrgeizige Titel seines berühmten Buches aus dem Jahre 1957.

Der Gedanke, dass ein effizientes, vom Staat nicht gelenktes Wirtschaftssystem freien, wettbewerbs- und marktorientierten Unternehmertums sich mit sozialem Ausgleich, d.h. mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, weitreichenden Arbeitnehmerrechten, einer starken und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, mit Tarifautonomie, sozialen Sicherungssystemen und gerechter Einkommensverteilung zu verbinden habe, ist seitdem eine der Grundlagen für den wirtschaftlichen Kurs und den inneren Frieden der Bundesrepublik.

Die Soziale Marktwirtschaft als politisches Programm ist untrennbar mit dem Namen Ludwig Erhard (1897-1977) verbunden, dem ersten und erfolgreichsten Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland (Amtszeit: 1949–1963, 1963–1966: Bundeskanzler). Erhard entwickelte dieses Wirtschaftskonzept, das eine unfreie, diktatorische, wettbewerbsverhindernde Staats- und Planwirtschaft ebenso ablehnt wie einen schrankenlos-profitorientierten Kapitalismus, dessen Wirtschaftsgeschehen das Gemeinwohl sowie die legitimen Rechte und materiellen Bedürfnisse der Arbeiter und Angestellten missachtet. Das Leitmotiv



Ludwig Erhard, Vater der Sozialen Marktwirtschaft, stellte im August 1948 in Recklinghausen sein bis heute gültiges Konzept vor.
Foto: Stadt Recklinghausen

der Sozialen Marktwirtschaft besteht stattdessen darin, dass der Staat den Ordnungsrahmen für einen funktionierenden Wettbewerb, für eine freie Preisgestaltung ohne den schädlichen Einfluss von Monopolen und Kartellen, aber auch für persönliche Freiheit, soziale Sicherheit, die wirtschaftliche Selbstverantwortung der Menschen und für einen gerechten Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schaffen müsse: Notwendige Produktivitätsfortschritte und berechtigte Lohnzuwächse sollen in wirtschafts- und sozialverträglicher Weise stets miteinander Schritt halten können. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung und das Modell der Sozialen Marktwirtschaft gehören ihrem Wesen nach zusammen, deshalb wurde sie 1990 als gemeinsame Wirtschaftsordnung in den Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR aufgenommen.

Es war in Recklinghausen, wo Ludwig Erhard sein bahnbrechendes und bis heute verpflichtendes Modell erstmals einer größeren politischen Öffentlichkeit vorstellte: Auf einem Regionalparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) Ende August 1948 propagierte er im Beisein Konrad Adenauers eine „sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen lässt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt, der gerechten Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zugute kommen lässt – das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung.“

Der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953: Ein historischer Tag der Deutschen

Auf dem Kirchplatz der Petruskirche in der Innenstadt Recklinghausens steht ein Mahnmal, das an den 17. Juni 1953 erinnert. Alljährlich treffen hier Menschen zusammen, die der Ereignisse dieses Tages gedenken. Welche Bedeutung hat dieser 17. Juni für die Deutschen?

Im Juni 1953, vier Jahre nach der Gründung der DDR, wuchs die Unzufriedenheit der Menschen mit den Lebensverhältnissen in der DDR: Eine knappe Lebensmittelversorgung, lange Schlangen vor den Geschäften und kein Strom in der Nacht machten die Menschen in der DDR unzufrieden. Die Verbitterung wuchs, als das SED-Regime Arbeitsnormen erhöhte, was einer Lohnkürzung gleichkam. Ausgerechnet die Bauarbeiter in der Ost-Berliner Stalinallee, dem Prestigeprojekt der SED, begannen zu streiken. Binnen Stunden griff der Aufstand auf mehr als 700 Orte über, weitete sich zum Generalstreik und schließlich zum Volksaufstand aus. Nur mit Hilfe sowjetischer Panzer gelang es dem SED-Regime, einen Volksaufstand niederzuschlagen – und damit die Rufe nach freien Wahlen und einer Wiedervereinigung Deutschlands zu ersticken.

Bis 1990 war der 17. Juni deshalb in der Bundesrepublik Deutschland Feier- und Gedenktag: der Tag der Deutschen Einheit. Als die Einheit der Nation am 3. Oktober 1990 endlich Wirklichkeit wurde, geriet der 17. Juni in den Hintergrund. Der Einigungsvertrag, der am 29. September 1990 in Kraft trat, erklärte den 3. Oktober zum Tag der Deutschen Einheit, zum staatlichen Feiertag. Der 17. Juni bekam den Status eines Gedenktages. Der Feiertag wurde aufgehoben.

Auch wenn der 17. Juni heute kein Staatsfeiertag mehr ist: Für das wiedervereinigte Deutschland bleibt er ein wichtiger historischer Tag. Ohne den 17. Juni lässt sich die deutsche Geschichte der vergangenen Jahrzehnte nicht erklären, lässt sich die Fluchtbewegung in den Folgejahren, die „Abstimmung mit den Füßen“, ebenso wenig nachvollziehen wie der Bau der Mauer, die systematische Verfolgung Andersdenkender, die Proteste gegen das Regime oder die

Friedliche Revolution. Schon deshalb muss der 17. Juni ein Gedenktag bleiben. Er schärft das Bewusstsein dafür, was Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie bedeuten. Er war die erste Massenerhebung im Machtbereich der Sowjetunion überhaupt und eines der Schlüsselereignisse, die den Gang der deutsch-deutschen Geschichte bis zur Einheit im Sommer 1990 maßgeblich mitbestimmt haben.



Das Mahnmal auf dem Kirchplatz an der Petruskirche erinnert an die deutsche Teilung und den blutig niedergeschlagenen Volksaufstand in der ehemaligen DDR.
Foto: Stadt Recklinghausen

Deutsche Teilung – Deutsche Einheit: Ein Fragment der Berliner Mauer in Recklinghausen

Die Lage West-Berlins als „Insel“ der freien westlichen Welt inmitten der kommunistischen DDR war das bedeutendste Symbol der deutschen Teilung und zugleich eine Hoffnung, die Einheit Deutschlands dereinst wiederherzustellen. Das geteilte Berlin war seit 1948 ein ständiger Konfliktherd, der sich zu Beginn der 1960er Jahre dramatisch verschärfte. Nachdem von 1949 bis 1961 rund 2,7 Millionen DDR-Bürger, die meisten unter 30 Jahre, nach Westen ausgewandert bzw. geflohen waren, entschlossen sich die Machthaber in Moskau und Ost-Berlin zu einer radikalen Lösung: In den Morgenstunden des 13. August 1961 errichteten Soldaten der DDR eine stark befestigte Grenzanlage mitten durch Berlin und um West-Berlin herum. Der angebliche Zweck war der Schutz der DDR-Staatsgrenze gegen westliche Aggressionen, offensichtlich war jedoch, dass man den Flüchtlingsstrom aus dem eigenen Land gewaltsam unterbinden und mit militärischen Mitteln die Menschen zum Verbleib in der DDR zwingen wollte. Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von West-Berlin und späterer Bundeskanzler, sagte bereits einen Tag später völlig zutreffend: „Die Mauer wird keinen Bestand haben“. Aber schon kurz danach, am 17. August 1961, starb ein erstes wehrloses Opfer durch rücksichtslosen Schusswaffengebrauch der DDR-Grenztruppen. Ein letztes Mal verlor am 5. Februar 1989 ein junger Mann sein Leben, als er versuchte, die Grenze mitten in Berlin zu überwinden. Mindestens 136 Mauertote sind in 28 Jahren zu beklagen.

Im Laufe von knapp drei Jahrzehnten veränderte die Mauer ihr Gesicht: Aus provisorischen Stacheldrahthindernissen wurde allmählich die weltbekannte, 3,75 Meter hohe Stahlbetonmauer, die trotz aller Entspannungspolitik der 1970er und -80er Jahre immer weiter befestigt und von rund 2.500 Soldaten bewacht wurde. Öffnung und Fall der Berliner Mauer kamen im Epochenjahr 1989: Wieder waren Flüchtlingsströme von DDR-Bürgern nach Westen ausschlaggebend, nachdem Ungarn am 11. September seine Grenzen

nach Westen geöffnet hatte und sich die Bevölkerung in der DDR immer stärker gegen den Kommunismus erhob. Die Anhänger der Freiheits- und Demokratiebewegung riefen laut: „Wir sind das Volk!“ und zitierten damit einen Vers aus einem 1848 verfassten Revolutionsgedicht des Freiheitsdichters Ferdinand Freiligrath.

In einer Ost-Berliner Pressekonferenz am frühen Abend des 9. November 1989 wurde ein Aktenvermerk der DDR-Ministerialverwaltung verlesen, nach welchem die strengen Bestimmungen für den Grenzübertritt angeblich mit sofortiger Wirkung aufgehoben seien. Ab 23 Uhr strömten Tausende Menschen ohne Kontrollen und Formalitäten über die Grenze nach West-Berlin, ab Mitternacht wurde vor lauter Freude auf der Mauer getanz. Innerhalb einer Nacht wurde aus einer scharf bewachten Grenzmauer ein Mahnmal für das untergehende kommunistische Unrechtsregime im Osten Deutschlands.

Der offizielle Abriss der Berliner Mauer begann im Juni 1990 und endete im November. Bis auf wenige Fragmente, Bodendenkmäler und Erinnerungsorte ist sie heute vom Erdboden verschwunden. Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 markiert ein weltgeschichtliches Datum: Von da an begann die deutsche Wiedervereinigung und das Zusammenwachsen Europas Gestalt anzunehmen. Seit 1989/90 leben alle Deutschen in Frieden und Freiheit zusammen, die demokratischen Staaten und Nationen in ganz Europa gehen gemeinsame Wege. Durch bürgerschaftliches Engagement gelang es einem Recklinghäuser Verein, ein originales Mauerfragment an der Charlottenburger Straße im sog. Berliner Viertel, einem Wohnquartier der frühen 1960er Jahre zwischen Stuckenbusch und Hochlarmark, als Mahnmal aufzustellen und im Oktober 2006 auch mit einer Informationstafel zu versehen.



Ein Stück Weltgeschichte in Recklinghausen: originales Segment der Berliner Mauer an der Charlottenburger Straße. Foto: Stadt Recklinghausen

Die Städtepartnerschaft Recklinghausen–Schmalkalden: Ein kommunaler Beitrag zum Gelingen der deutschen Einheit

Partnerschaften zwischen Städten verschiedener Nationen

gibt es seit schon den 1960er Jahren. Sie dienen der Idee des Friedens, der europäischen Einigung und der Völkerverständigung. Städte der Bundesrepublik suchten zunächst den Kontakt mit französischen Gemeinden, aber auch mit Städten in Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und Italien. Dass es auch vor der deutschen Einheit bereits Partnerschaften zwischen Städten im geteilten Deutschland gab, ist erst seit 1986 zu beobachten, nachdem die kommunistische Staatsführung der DDR auf Geheiß der Sowjetunion ihre Zurückhaltung aufgab und eine ganz neue Art der Annäherung zwischen den Deutschen in beiden Staaten zuließ. Man suchte und fand Begegnungen vor allem in kulturellem, sportlichem und gesellschaftlichem Bereich, die Grenzen wurden durchlässiger, die unmenschlichen Folgen der deutschen Teilung gemildert. Neue nachbarschaftliche Beziehungen zwischen Bürgern beider deutscher Städte wurden über die Grenze hinweg möglich.

Heutzutage gibt es über tausend innerdeutsche Städtepartnerschaften, aber diejenige zwischen Recklinghausen und Schmalkalden, die seit September 1989 besteht, gehört zu den rund 60 frühen Beispielen, die noch in die Zeit der deutschen Teilung fallen. Recklinghausen selbst hatte dazu im April 1989 die Initiative ergriffen. Die Wahl fiel auf Schmalkalden, ein ehemals zu Hessen, erst seit 1945 zu Thüringen gehörendes Städtchen mit alter Tradition eisen- und metallverarbeitender Industrie und einer architekturhistorisch bedeutsamen Altstadt. Doch bereits wenige Wochen nach Inkrafttreten des Partnerschaftsvertrages begannen sich die politischen Verhältnisse grundlegend zu verändern: Der Kommunismus in der DDR brach im November 1990 zusammen, die Berliner Mauer teilte nicht länger die deutsche Hauptstadt, und bald begann eine neue, demokratisch gewählte DDR-Regierung das Land

zu reformieren. Beide deutschen Staaten machten sich auf den Weg zur Einheit, die im Oktober 1990 auf friedlichem und freiheitlichem Weg erreicht war.

Auch für die wenigen damals bestehenden Städtepartnerschaften bedeutete dieser dramatische Umbruch eine enorme Herausforderung. Von Seiten der westdeutschen Kommunen war nun tatkräftige Hilfe beim Neuaufbau der Stadtverwaltungen, bei der Modernisierung der verfallenen Infrastruktur und der Verbesserung der finanziellen Situation der ehemaligen DDR-Städte nötig. Auch Recklinghausen zeigte sich solidarisch und leistete Jahre lang einen erheblichen Beitrag für einen erfolgreichen Neubeginn in Schmalkalden: Seit Juni 1990 wurde mit privaten Geldspenden, öffentlichen Finanzmitteln, der Lieferung von technischen Geräten, mit Bereitstellung von Fahrzeugen und der Unterstützung des Gesundheitswesens eine beachtliche gemeinsame Aufbauleistung vollbracht. Für die Entwicklung einer demokratisch-rechtsstaatlichen Kommunalverwaltung wurden erfahrene Beamtinnen und Beamte aus Recklinghausen nach Schmalkalden entsendet, wo

sie z.T. Monate lang einen wertvollen Dienst verrichteten. Auch heute bestehen vielfältige offizielle und private Kontakte und Freundschaften zwischen Menschen beider Städte: Die Städtepartnerschaft zwischen Recklinghausen und Schmalkalden hat somit einen kleinen, aber respektablen Teil zum Gelingen der deutschen Einheit beigetragen. Beide Städte begehen jedes Jahr am 3. Oktober den Feiertag der deutschen Einheit gemeinsam.



*Recklinghausen und Schmalkalden:
Zwei Kommunen mit alter Wappentradition, seit
1989 in enger Städtepartnerschaft miteinander
verbunden.*

Fotos: Stadt Recklinghausen, Stadt Schmalkalden

Roman Herzog: Präsident des Bundesverfassungsgerichts und erstes Staatsoberhaupt im vereinten Deutschland



Recklinghausen ehrt die Leistungen des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzogs mit einem Portrait im großen Sitzungssaal des Rathauses.

Foto: Peter R. Seeber Recklinghausen

Roman Herzog (geb. 1934) war der siebente deutsche Bundespräsident und amtierte von 1994 bis 1999. Herzog war das erste Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland, das von einer gesamtdeutschen Bundesversammlung zum Präsidenten gewählt wurde. Seine Politik zielte auf eine verstärkte Aussöhnung des vereinigten Deutschland mit seinen östlichen Nachbarn, vor allem mit Polen, Tschechien und mit Russland. Aber auch einer nachhaltigen Erinnerungskultur hinsichtlich des Völkermordes an Juden und anderer Verbrechen des Hitler-Regimes galt sein besonderes Interesse: Bundespräsident Herzog führte im Jahre 1996 den 27. Januar als offiziellen „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“ ein,

denn am 27. Januar 1945 wurde das nationalsozialistische Vernichtungslager Auschwitz, in dem von 1942 bis 1945 über eine Million Menschen getötet wurden, von sowjetischen Soldaten befreit. Der Idee des Bundespräsidenten Herzog folgend werden auch in Recklinghausen jährlich am 27. Januar Projekte und Veranstaltungen von Schulen und Vereinen durchgeführt, die sich mit der Judenvernichtung und anderen Erscheinungsformen der NS-Gewaltherrschaft auseinandersetzen.

Roman Herzog bekleidete schon vor seiner Zeit als Staatsoberhaupt bedeutende Ämter. Als überragender Rechtsgelehrter und Professor für Staats- und Verwaltungswis-

senschaften war er in besonderer Weise geeignet für eine leitende Tätigkeit am Bundesverfassungsgericht: Roman Herzog war von 1987 bis 1994 Präsident dieses einflussreichsten Gerichts der Bundesrepublik Deutschland.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist eines der bedeutendsten Organe der Bundesrepublik. In seiner Zuständigkeit und Rechtsprechung verkörpert sich nämlich in besonderer Weise die Tatsache, dass Deutschland ein Rechtsstaat ist: Rechtswege und Rechtsmittel stehen allen Menschen offen; die Herrschaft des Rechts steht über aller Politik, Anfang und Ende staatlichen und politischen Handelns muss die Wahrung und Anwendung von Frieden und Freiheit, von Menschenwürde, von Recht und Verfassung sein – dies sind und bleiben die wichtigsten Lehren aus den zutiefst verbrecherischen Zuständen in Deutschland von 1933 bis 1945.

Das Bundesverfassungsgericht gibt es seit 1951, es besteht aus zwei Senaten: Der Erste beschäftigt sich mit Verfassungsbeschwerden einzelner Bürgerinnen und Bürger, die in Bezug auf staatliches Handeln ihre Grund- und Menschenrechte verletzt sehen, der Zweite Senat kümmert sich um die Streitfrage, ob ein bestimmtes Gesetz, eine Verordnung oder ein Staatsvertrag den Bestimmungen des Grundgesetzes entspricht. Im Kern geht es beim „Gang nach Karlsruhe“ immer um die Aufgabe, rechtliche Normen und deren Anwendung durch Politik, Staat und Verwaltung auf ihre Übereinstimmung mit den Menschenrechten und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu überprüfen. Die Besonderheit aller Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts besteht im Übrigen darin, dass sie Bindungswirkung für alle Organe des Bundes und der Länder sowie aller Gerichte und Behörden unseres Staates haben.

Im Jahre 2001 beschloss die Stadt Recklinghausen, den Bundespräsidenten a.D. Roman Herzog zu ehren, und zwar mit einem großformatigen Portrait, das der Leipziger Kunstprofessor Sighard Gille zur Ausführung brachte. Seit dem 15. Jahrestag der Deutschen Einheit (3. Oktober 2004) ist das Gemälde im Ratssaal zu betrachten; Bundespräsident a.D. Roman Herzog reiste selbst nach Recklinghausen, um das Bild seiner öffentlichen Bestimmung zu übergeben.

Deutschland und die Europäische Integration

Nach den verheerenden Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges war klar, dass nur die Bereitschaft zu einem engen Zusammenschluss in Europa den Frieden auf Dauer sichern konnte. So ergab sich als Vision ein Europa als gemeinsamer Zivilisationsraum, als Völkerfamilie, als Wertegemeinschaft und Kultureinheit. Von Anfang an zielte das Grundgesetz auf eine enge Einbindung der Bundesrepublik in die europäische Staatengemeinschaft. Die Präambel proklamierte den Willen des deutschen Volkes, in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.

Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahr 1952 wurden die ersten Weichen für die heutige Europäische Union (EU) gestellt. Die Gründungsmitglieder waren Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Von ihrem Erfolg ermutigt, beschlossen diese sechs Länder, weitere Bereiche ihrer Wirtschaft (wie z. B. die Landwirtschaft) zu integrieren, um Handelshemmnisse zu beseitigen und einen gemeinsamen Markt zu errichten. Im Jahr 1958 gründeten sie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom). Die Institutionen dieser drei Gemeinschaften wurden im Jahr 1967 vereinigt.

Im Laufe der Zeit traten in mehreren Beitrittsrunden weitere europäische Länder den damaligen Europäischen Gemeinschaften (EG) – bzw., seit dem Vertrag von Maastricht (1993), der Europäischen Union (EU) – bei. Die Europäische Union brachte aber nicht nur die wirtschaftliche und politische Integration in den Jahren nach ihrer Gründung Schritt um Schritt voran, sie erweiterte sich auch geographisch durch Aufnahme neuer Mitgliedstaaten.

Der Vertrag von Lissabon trat am 1. Dezember 2009 in Kraft. Er ändert den Vertrag über die Europäische Union („Vertrag von Maastricht“) sowie den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft („Vertrag von Rom“) ab und schafft einen neuen institutionellen Rahmen, der zum Ziel

hat, die Europäische Union demokratischer, transparenter und effizienter zu machen. Außerdem sollen durch ihn die Kohärenz und Sichtbarkeit des Handelns der EU auf der Weltbühne gestärkt werden. Integration bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Länder in vielen Angelegenheiten gemeinsame Entscheidungen treffen. So legen sie in äußerst unterschiedlichen Bereichen, die von Landwirtschaft über Kultur, Verbraucherschutz, Wettbewerb, Umweltschutz und Energie bis hin zu Verkehr und Handel reichen, eine gemeinsame politische Linie fest.

In Recklinghausen erinnern einerseits der Europaplatz an die Bemühungen um die europäische Integration, andererseits der Dr.-Helene-Kuhlmann-Platz an die Städtepartnerschaften Recklinghausens mit Douai in Frankreich, Preston in Großbritannien, Dordrecht in den Niederlanden, Bytom in Polen, Akko in Israel und Schmalkalden in Thüringen.

Zeichen des geeinten Europas und der Recklinghäuser Städtepartnerschaften: Europaplatz und Dr.-Helene-Kuhlmann-Platz.

Fotos: Stadt Recklinghausen



